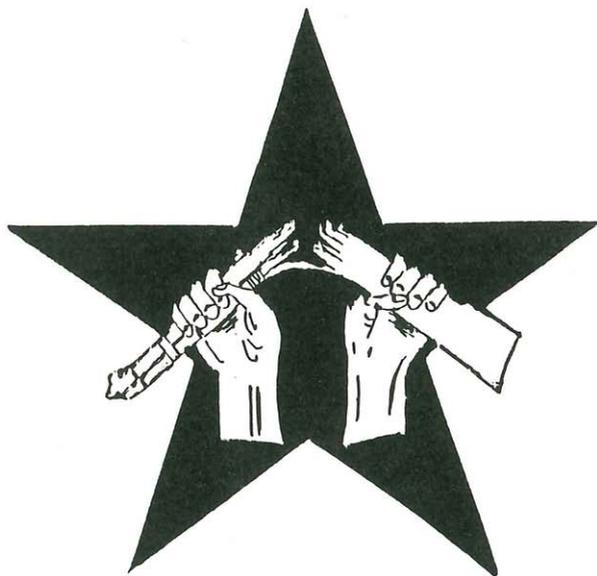


Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft. Heft 4



53/100 H 89

Die Graswurzelwerkstatt



Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft. Heft 4

**Die Graswurzelwerkstatt:
Vernetzung gewaltfrei-anarchistischer
AktivistInnen**

Im Auftrag der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen

**Redaktions- und AutorInnengruppe:
Susanne Roßbach, Robin Kendon, Gudrun Knittel,
Ulla Eberhard, Christine Schweitzer**

Anlässlich der Verleihung des Erich-Mühsam-Preises 1993

Inhaltsverzeichnis

Erich-Mühsam-Preis	Seite 5
Einleitung	Seite 7
Politische Grundsätze - Was wir denken	Seite 8
Politische Forderungen - Was wir wollen	Seite 12
Methoden - Wie wir's angehen	Seite 14
Zwei Arbeitsschwerpunkte - Worüber wir diskutieren	Seite 19
Praktische Graswurzelpolitik - Was wir machen	Seite 23
Anhang:	Seite 33
Eine kurze Chronologie der Graswurzelwerkstatt	
Adressen	

Erich-Mühsam-Preis

Aufgrund der Spende eines Mühsam-Freundes kann die Erich-Mühsam-Gesellschaft einen Preis vergeben. Auf der Jahresversammlung 1991 wurde eine sechsköpfige Jury benannt, die Kriterien für die künftige Preisverleihung ausarbeitete und den ersten Preisträger fand. Es ist die "Graswurzelwerkstatt" aus Köln, die sich mit dieser Broschüre einem breiteren Publikum vorstellt.

Die Ausschreibung für den Erich-Mühsam-Preis hat folgenden Wortlaut:

"Durch die Stiftung des Lübecker Galeristen Frank-Thomas Gaulin ist es der Erich-Mühsam-Gesellschaft möglich geworden, einen Preis zu vergeben. Er beträgt 5.000,- DM und wird alle zwei Jahre verliehen. Dieser Preis soll einerseits jenen zukommen, die Mühsams Andenken fördern, indem sie seine Werke und Gedanken verbreiten oder Leben und Werk wissenschaftlich aufarbeiten. Andererseits kann er an Personen vergeben werden, die in Mühsams Sinne wirken, indem sie sich den kulturellen, politischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart stellen, die Verhältnisse nicht als gegeben hinnehmen, sondern im Sinne einer lebenswerten Zukunft nach befreienden Alternativen suchen.

Er kann an Einzelpersonen, Projekte oder Initiativen vergeben werden, für deren Wirken und Zielvorstellungen einer oder mehrere der folgenden Schwerpunkte bestimmend sind:

- die ein Leben und Arbeiten in dezentralen Strukturen verwirklichen wollen;
- die ein Zusammenleben ohne Macht- und Herrschaftsstrukturen zu realisieren versuchen;
- die Kunst als Mittel zur Befreiung aus beengten geistigen, politischen und kulturellen Verhältnissen anwenden.

Diese Initiativen sollten undogmatisch sein, den politischen und kulturellen Uniformisierungstendenzen die Bewahrung von Vielfaltigkeit entgegensetzen, gesellschaftliche Freiheit nur im Zusammenhang mit individueller Freiheit sehen und Kreativität und Humor als Mittel ansehen, um kaltes Zweckdenken aufzubrechen.

Inhaltsverzeichnis

Erich-Mühsam-Preis	Seite 5
Einleitung	Seite 7
Politische Grundsätze - Was wir denken	Seite 8
Politische Forderungen - Was wir wollen	Seite 12
Methoden - Wie wir's angehen	Seite 14
Zwei Arbeitsschwerpunkte - Worüber wir diskutieren	Seite 19
Praktische Graswurzelpolitik - Was wir machen	Seite 23
Anhang:	Seite 33
Eine kurze Chronologie der Graswurzelwerkstatt	
Adressen	

Erich-Mühsam-Preis

Aufgrund der Spende eines Mühsam-Freundes kann die Erich-Mühsam-Gesellschaft einen Preis vergeben. Auf der Jahresversammlung 1991 wurde eine sechsköpfige Jury benannt, die Kriterien für die künftige Preisverleihung ausarbeitete und den ersten Preisträger fand. Es ist die "Graswurzelwerkstatt" aus Köln, die sich mit dieser Broschüre einem breiteren Publikum vorstellt.

Die Ausschreibung für den Erich-Mühsam-Preis hat folgenden Wortlaut:

"Durch die Stiftung des Lübecker Galeristen Frank-Thomas Gaulin ist es der Erich-Mühsam-Gesellschaft möglich geworden, einen Preis zu vergeben. Er beträgt 5.000,- DM und wird alle zwei Jahre verliehen. Dieser Preis soll einerseits jenen zukommen, die Mühsams Andenken fördern, indem sie seine Werke und Gedanken verbreiten oder Leben und Werk wissenschaftlich aufarbeiten. Andererseits kann er an Personen vergeben werden, die in Mühsams Sinne wirken, indem sie sich den kulturellen, politischen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart stellen, die Verhältnisse nicht als gegeben hinnehmen, sondern im Sinne einer lebenswerten Zukunft nach befreienden Alternativen suchen.

Er kann an Einzelpersonen, Projekte oder Initiativen vergeben werden, für deren Wirken und Zielvorstellungen einer oder mehrere der folgenden Schwerpunkte bestimmend sind:

- die ein Leben und Arbeiten in dezentralen Strukturen verwirklichen wollen;
- die ein Zusammenleben ohne Macht- und Herrschaftsstrukturen zu realisieren versuchen;
- die Kunst als Mittel zur Befreiung aus beengten geistigen, politischen und kulturellen Verhältnissen anwenden.

Diese Initiativen sollten undogmatisch sein, den politischen und kulturellen Uniformisierungstendenzen die Bewahrung von Vielfältigkeit entgegensetzen, gesellschaftliche Freiheit nur im Zusammenhang mit individueller Freiheit sehen und Kreativität und Humor als Mittel ansehen, um kaltes Zweckdenken aufzubrechen.

Bei der Preisvergabe kann jedesmal ein anderer Schwerpunkt gesetzt werden:

- Würdigung einer Arbeit aus dem wissenschaftlich-publizistischen Bereich einschließlich verlegerischer Tätigkeiten;
- Würdigung einer Aktivität aus dem künstlerischen Bereich;
- Würdigung von alternativen Initiativen und Projekten.

Der Preis kann entweder als Förderpreis für begonnene und unterstützungswürdige Aktivitäten oder als Anerkennung für erfolgreich geleistete Arbeit vergeben werden."

Die Jury entschied sich für die "Graswurzelwerkstatt", weil sie ein alternatives Projekt ist, das sich seit 12 Jahren in herausragender Art und Weise unserer Zeit stellt und Macht- und Herrschaftsstrukturen entgegenwirkt, um zu einer lebenswerten Zukunft für alle zu kommen. Sie ist - vor allem wegen ihres föderativen Charakters und der Organisation ihrer Entscheidungsgremien - undogmatisch, repräsentiert Vielfaltigkeit und Respekt vor individueller Meinung und setzt damit die inhaltlichen Ansprüche in überzeugender Weise in Lebenspraxis um.

Wiebke Dau-Schmidt

Einleitung

Anarchistisch, gewaltfrei - und aktiv. "Graswurzel"-Politik verbindet eine lebensbejahende, staatskritische Gesellschaftsanalyse mit basisdemokratischen Organisationsformen - und sieht nichts weniger als eine gewaltlose Revolution vor.

Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden. Diesem Ziel verpflichtet arbeitet seit 1972 in der Bundesrepublik ein Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen, das sich 1980 zur Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) zusammengeschlossen hat.

In dem Kampf gegen Militarismus, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzung, Männergewalt, Ausbeutung anderer Länder und Kulturen und alle sonstigen lebens- und freiheitszerstörenden Strukturen setzen diese Gruppen gewaltfreie Aktionsformen ein. Sie bemühen sich, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.

GraswurzelInnen sind durch die seit 1972 erscheinende Zeitung "Graswurzelrevolution" in der Öffentlichkeit sichtbar und werden durch die seit 1974 arbeitende Graswurzelwerkstatt koordiniert und unterstützt.

Die Graswurzelwerkstatt ist ein Büro, dessen Name schon zeigt, daß es um eine sehr praktische Arbeit geht. Sie hat die Aufgaben, die Gruppen und einzelnen der Graswurzelbewegung zu vernetzen, den Informationsaustausch zwischen ihnen zu vermitteln, und die Kommunikation zu fördern. Sie ist eine Kontaktstelle für alle, die sich für die Graswurzelpolitik interessieren sowie für alle, die auch nur in bestimmten Kampagnen arbeiten.

Die ersten GraswurzelInnen kamen aus den traditionellen Kriegsdienstverweigerungs-Organisationen Verband der Kriegsdienstverweigerer und Internationale der Kriegsdienstgegner und aus Diskussionsgruppen zu Gewaltlosigkeit an den Universitäten oder den Evangelischen Studentengemeinden. Sie haben einen anderen Weg gesucht als den der zentralisierten KDV-Organisationen: selbstorganisiert, inhaltlich nicht auf den traditionellen Pazifismus beschränkt und nicht auf Appelle an die Regierung ausgerichtet.

Sie hatten von Anfang an das Ziel, neben den politischen Aktionen ein Kommunikationsnetz mit föderativer Struktur aufzubauen. Während der 70er Jahre wurden auch die Grundsätze ihrer Politik diskutiert sowie die basisdemokratischen Arbeitsmetho-

den entwickelt, die vor allem in der Friedensbewegung der 80er Jahre Anwendung fanden.

Den GraswurzelInnen geht es nicht nur um das Ziel Revolution. Auf allen Ebenen von der persönlichen bis zur organisatorischen sollen Ziele und Mittel in Einklang stehen. GraswurzelInnen versuchen deshalb, mit der Anwendung gewaltfreier Aktionsformen und der Erprobung basisdemokratischer Entscheidungsstrukturen Elemente ihrer politischen Zielvorstellungen schon jetzt in ihrem aktuellen Widerstand zu verwirklichen.

Dieses Heft beschreibt die Grundsätze und die Anwendung der Graswurzelpolitik. Hintergrund und Theorie werden durch Beispiele aus der bisherigen Praxis ergänzt. Die Rolle der Graswurzelwerkstatt als Koordinationsbüro wird dabei auch deutlich: GraswurzelInnen machen die Aktionen, die Graswurzelwerkstatt leistet unsichtbare, aber wichtige Arbeit im Hintergrund.

Politische Grundsätze - Was wir denken

Anarchismus und Gewaltfreiheit

Keine Regierung und schon gar keine Gesellschaftsform kann durch Zwang und Gewalt allein aufrecht erhalten werden. Die Quelle der Macht sind diejenigen, die ihr unterworfen sind. Normalerweise ist diese Erkenntnis ihrem Bewußtsein nicht zugänglich. Macht erscheint nicht als sozialer Prozeß, sondern als eine Art Besitz: der und die "hat Macht". Außerdem war es schließlich immer so. Der Fähigkeit der Herrschenden, zu kontrollieren, zu bestrafen, zu diffamieren und zu verfolgen, steht der/die einzelne scheinbar machtlos gegenüber.

In der Geschichte gab es immer wieder Widerstandsaktionen, in denen das Volk einer ungerechten Ordnung seine Unterstützung und seinen Gehorsam entzog.

Gewaltlose Aktion kontrolliert oder bekämpft die Herrschenden nicht mit der Androhung von Blutvergießen, aber auch nicht mit Appellen, mit Hoffnungen darauf, daß die Herrschenden sich ändern, sondern indem die Macht von ihren Wurzeln, der Unterstützung durch die Beherrschten, abgeschnitten wird. Der Widerstand durch Ungehorsam und Nichtzusammenarbeit und direkte Aktion - Ziviler Ungehorsam - gegen die Herrschenden kann trotz der dann einsetzenden Repression Erfolg haben, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Dazu gehört in erster Linie eine breit und gut organisierte Solidarität unter den Unterdrückten. Vor allem das Verständnis der Strategie gewaltfreier Aktion ist notwendig, um einen langen Kampf mit unvermeidlichen Niederlagen durchzustehen. Wenn die ArbeiterInnen ihre Arbeit unterbrechen

oder anders tun, als die Unternehmer es von ihnen erwarten, wenn die Verwaltungen Befehle nicht ausführen, wenn PolizistInnen und SoldatInnen ihren repressiven Aufgaben nur lässig nachkommen oder sogar meutern - wenn dies alles gleichzeitig geschieht, dann ist es um eine Regierung geschehen. Die Mächtigen sind dann ohnmächtig. Nichtzusammenarbeit an den richtigen Stellen, lang genug und von genug Menschen unterstützt, macht jede Regierung unmöglich.

Wir verstehen zivilen Ungehorsam als ein Mittel, das dem Ziel einer gewaltfreien und herrschaftlosen Gesellschaft gleichzeitig dient und entspricht. In anderer und erweiterter Form umfaßt eine solche Gesellschaft auch die Achtung von Menschenrechten, geht jedoch darüber hinaus. Ziviler Ungehorsam wird verstanden als bewußtes Überschreiten von Gesetzen, wie sie hier und heute verfaßt sind. Der zivile Ungehorsam dient nicht der Korrektur eines Staatswesens, welches im Grund legitim ist. Ziviler Ungehorsam kann niemals "staatstragend" sein. Im Gegenteil: Der Kampf gegen die Aufrüstung z.B. ist gleichzeitig der Kampf gegen den Aufrüstungsstaat.

Staatlichkeit und Anarchie

Der festgefügte und effektive Zwangsapparat Staat hat das autoritäre Prinzip festgeschrieben, systematisiert und sämtliche Lebensbereiche zum Gegenstand seiner Eingriffe gemacht.

Da der Staat mehr und mehr gesellschaftliche Schutzfunktionen übernommen hat, erscheint er als einziger Garant von Schranken gegen eine schrankenlose Willkür privater und partikularer Gewalten, als Schützer der Schwachen, der Natur... - gerade gegen den ökonomischen Expansionismus und die autoritäre Politik, die er tatsächlich verkörpert und gegen Opposition sichert, im Interesse von herrschenden Minderheiten.

Dabei soll nicht geleugnet werden, daß das staatliche Gewaltmonopol tatsächlich partikuläre Gewalten entmachtet und einen Schutz vor Willkür bietet. Gleichzeitig wird damit aber eine Macht geschaffen, die um vieles effektiver und daher auch potentiell barbarischer ist als jeder feudale Despot, der nicht zu bürokratisch-industriellen Formen der Massenvernichtung fähig war.

Verinnerlichung der Grundsätze des Staates

Nicht nur die militärisch-bürokratische Übermacht läßt Widerstand oft zwecklos erscheinen. Gerade in den westlichen Industriestaaten organisiert sich Herrschaft über den positiven Bezug der Beherrschten auf das System. Staatliche Strategien sind dort im wesentlichen nicht auf repressive Unterdrückung angelegt, sondern auf Integra-

tion: Identitätsbildung über Teilnahme am Konsum, Aufspaltung von Interessenlagen und Vereinzelung in der Gesellschaft, Normierung von Bedürfnissen und deren bürokratische Verwaltung sowie das Versprechen auf demokratische Beteiligung führen zur Verinnerlichung der Notwendigkeit des Staates und der Grundsätze, die seine Funktion garantieren (Gehorsam; Delegation von Verantwortung; Bereitschaft, ExpertInnen zu vertrauen). Die Solidarisierung der Betroffenen wird verhindert, die Fähigkeit zur Selbstorganisation und zur direkten Aktion bei den Beherrschten oft so stark eingeschränkt, daß sie real immer wieder ihre Angewiesenheit auf den Staat, auf die Verantwortlichen, SpezialistInnen usw. erfahren.

Die Ziele der AnarchistInnen

Im Gegensatz zu anderen Oppositionsströmungen stört es die AnarchistInnen nicht, daß sie keinen Anteil am geschäftigen Treiben der offiziellen Gesellschaft und des Staates haben. Damit verzichten sie auf taktisch günstige Positionen, auf Legitimation, aber sie wissen warum: das Ziel, von einem radikalisierten Freiheitsbegriff ausgehend die Herrschaft anzugreifen, soll nicht unklar werden. Das Scheitern von Reformbewegungen, die versuchen, die bestehende Herrschaftsstruktur zu benutzen, um ganz andere Ziele zu erreichen, macht diese Position klar. Im entscheidenden Moment helfen die ReformistInnen, die Ziele des Staates auch gegen die Opposition durchzusetzen.

Von den autoritären SozialistInnen unterscheidet die AnarchistInnen, daß sie nicht in der Eroberung der Staatsgewalt die entscheidende Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Aufhebung der Klassen sehen. Vielmehr soll der Staat als Monopol der Gewalt, der zentralisierten Verfügung über gesellschaftliche Mittel, zu denen er dreist auch die Menschen macht, durch eine libertäre Demokratie (im Gegensatz zur bürgerlichen Formaldemokratie) ersetzt werden, die die Menschenrechte achtet und unveräußerliche Minderheitenrechte garantiert.

Ansätze und Konzepte grundsätzlicher Gewaltfreiheit

Die Gewaltfreiheit der GraswurzlerInnen ist viel mehr als eine Technik zur Durchsetzung politischer Ziele. Wir sehen Gewaltfreiheit als eine Richtschnur für das persönliche und gesellschaftliche Leben, eine Philosophie.

Aktive Gewaltfreiheit heißt für uns nicht, passiv auf die verschiedenen Formen von Gewalt und Unterdrückung zu reagieren. Sie geht über das Private und moralische Appelle hinaus. Unserer Meinung nach reicht es nicht aus, stille Methoden wie Briefe

oder persönliches Vorstellig-Werden anzuwenden oder auf Erziehung, Überzeugung und individuelles Beispiel zu vertrauen und moralischen Druck auszuüben.

Im Gegensatz zu Teilen der Friedensbewegung, deren Verständnis von Gewaltfreiheit den Handlungsspielraum auf Überzeugung der Öffentlichkeit und Appelle an die Regierenden konzentriert, zielt unser Widerstand darauf ab, den Herrschenden durch Aktionen zivilen Ungehorsams die Basis zu entziehen. Das heißt konkreten Druck von unten zu entwickeln, um "den Preis für die Herrschenden in die Höhe zu treiben" und gleichzeitig selbstverständlich parallel dazu die Überzeugungsarbeit weiterzuführen. Die Aktionen können von Behinderungen bis zur Sabotage reichen, wobei das Prinzip, daß keine Menschen verletzt werden sollen, von zentraler Bedeutung bleibt. Die Weigerung von Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zur Sicherung einer Infrastruktur im Gesundheitswesen, die die zivile Logistik für einen führbaren Krieg sichern soll, ist ein weiteres Beispiel (Sichwort 'Dienstpflicht'). Die Wurzeln von unserem Verständnis von Gewaltfreiheit gehen auf Gandhi zurück.

Satyagraha

Satyagraha ist die Art grundsätzlicher Gewaltlosigkeit, die von Gandhi und seinen Kampfgefährten entwickelt worden ist. Satyagraha bedeutet Festhalten an der Wahrheit und wurde im wesentlichen durch zwei Vorgehensweisen entwickelt: erstens durch Experimente mit der eigenen Persönlichkeit und zweitens durch politische Kämpfe, mit denen soziale Ungerechtigkeit beseitigt und eine bessere soziale Ordnung aufgebaut werden sollte.

Gandhi hat durch die Verbindung von Gewaltlosigkeit als Prinzip mit den Methoden und der Strategien des Widerstandes einen einzigartigen Beitrag für die Entwicklung gewaltloser Aktionen geliefert. Sie umfassen folgende Elemente:

- Untersuchung: bevor man in einen Konflikt geht und sich an ihm beteiligt, muß man die Situation genau kennen;
- Verhandlung: ist notwendig, um den Gegner kennenzulernen und die Schwierigkeiten abschätzen zu können;
- Den Konflikt öffentlich machen: das ist wichtig, um das Bewußtsein für den Konflikt in der Öffentlichkeit zu schaffen;
- Selbstreinigung: bevor man Aktionen durchführt, die eine Konfrontation herbeiführen, soll in ruhigem Überdenken und Meditation Selbstsicherheit, Mut und Ruhe, die man für die Aktion braucht, gefunden werden. Selbstreinigung soll aber auch die Hinwendung zum Gegner und seine körperliche Unverletzlichkeit gewährleisten.

Die eigentlichen Aktionen können dann folgende Formen annehmen: Mahnwachen, spontane Arbeitsniederlegungen, Boykotte, Nichtbezahlung von Steuern, Streiks, Massenauswanderungen aus einem Staat (als extreme Form des Steuerzahlungsboykotts), verschiedene Formen der Nichtzusammenarbeit, ziviler Ungehorsam und das Fasten.

Die Satyagrahi sind grundsätzlich bereit, zu jedem Zeitpunkt des Konfliktes die Aktionen abzubrechen und eine Lösung durch Verhandlungen zu erreichen - solange dadurch die grundlegenden Prinzipien nicht kompromittiert werden.

Gewaltlose Revolution

Vier Punkte spielen in einem Programm der gewaltlosen Revolution eine Rolle:

1. Änderung und Verbesserung der Einzelnen durch eigene Anstrengungen;
2. Durchsetzung der Grundsätze der Gewaltlosigkeit - nämlich Gleichheit, Kooperation, Gerechtigkeit und Freiheit - als bestimmende Werte in der ganzen Gesellschaft;
3. Aufbau einer Gesellschaftsordnung, die auf mehr Gleichheit, mehr Dezentralisierung und einer libertären sozialen Ordnung aufgebaut ist;
4. Bekämpfung und Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit durch gewaltlose Aktion.

Ein wichtiger Aspekt gewaltloser Revolution besteht also darin, Gewalt, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg durch Gewaltlosigkeit, Kooperation und egalitäre Beziehungen zu ersetzen.

Politische Forderungen - Was wir wollen

Graswurzelrevolution bezeichnet eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen. Diesem Ziel verpflichtet arbeitet seit 1972 in der Bundesrepublik ein Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen, das sich 1980 zur Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) zusammengeschlossen hat. Diesem Netzwerk gehören u.a. auch die HerausgeberInnen der Zeitung "Graswurzelrevolution" an.

Im Kampf gegen Militarismus, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzung, Männergewalt, Ausbeutung anderer Länder und Kulturen und alle sonstigen lebens- und freiheitszerstörenden Strukturen setzen diese Gruppen gewaltfreie Aktionsformen ein.

Sie bemühen sich, Theorie und Praxis der gewaltfreien Revolution zu verbreiten und weiterzuentwickeln.

Unsere Ziele...

* Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes, Alters, Aussehens, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung oder aus rassistischen Gründen diskriminiert und benachteiligt werden. Wir lehnen jede nationalstaatliche Grenzziehung ab und fordern das Recht für alle Menschen, in Frieden dort zu leben, wo sie es wollen.

* Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer ihr Leben frei gestalten können. Deshalb kämpfen wir gegen Strukturen, in denen Männergewalt allgegenwärtig und die Unterdrückung von Frauen alltäglich sind. Frauenbefreiung heißt, daß Frauen um ihre Selbstbestimmung kämpfen. Als einen Weg des Frauenwiderstandes befürworten wir die Schaffung von separaten Räumen von und für Frauen, in denen Schutz gewährleistet, Widerstand organisiert und Stärke entfaltet wird. Männer wehren sich gegen die patriarchale Gesellschaft und Kultur, um sich von dem herrschenden Männlichkeitsideal zu befreien. In diesem Sinne ist der Kampf von Männern gegen das Patriarchat für sie in erster Linie Männerbefreiung. Wir bemühen uns, innerhalb unserer Gruppen und Strukturen männliche Bevormundung und Gewalt gegenüber Frauen zu beseitigen.

* Ein wirklicher Schutz von Lebewesen und gesellschaftlichen Errungenschaften ist nur durch soziale, gewaltfreie Formen der Verteidigung möglich. Durch einseitige und bedingungslose Abrüstung in jedem Land sollen daher das Militär und die Rüstungsproduktion vollständig abgeschafft werden. Wir unterstützen insbesondere alle Formen radikaler Kriegs- und Wehrpflichtverweigerung und die blockübergreifende Zusammenarbeit der Friedensbewegung.

* Wir streben an, daß der Kapitalismus durch eine selbstverwaltete, sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt wird. Anstelle von Konkurrenz und Ausbeutung soll die Förderung der Menschen mit ihren produktiven und kreativen Fähigkeiten im Vordergrund stehen. Wir unterstützen deshalb alle Kämpfe und Experimente für selbstverwaltete Betriebe und Projekte sowie die Stärkung regionaler, nicht vom Weltmarkt und von multinationalen Konzernen abhängiger Wirtschaftskreisläufe. Außerdem treten wir dafür ein, daß die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden und die Teilhabe an kulturellen und sozialen Gütern allen in gleicher Weise möglich ist.

* Unser Ziel ist die Auflösung des zentralisierten, autoritären Staates durch eine freiheitlich basisdemokratische Gesellschaft. In ihr sind die politischen Entscheidungen von den Zentralen hin zu föderativ verbundenen Gemeinwesen verlagert. In ihr sind

Minderheiten - und Menschenrechte sowie Formen direkter basisdemokratischer Entscheidungsfindung verwirklicht. Wir kämpfen gegen Staatsgewalt und Repression und wollen stattdessen eine Politik entwickeln, die auf Konsens und Ausgleich aller Betroffenen zielt.

...und Perspektiven

Wir sind der Meinung, daß diese Ziele - so weit es geht - in unseren Kampf- und Organisationsformen vorweggenommen und zur Anwendung gebracht werden müssen. Sie können weder mit der Anwendung lebensschädigender Gewalt noch mit autoritären Organisationsformen durchgesetzt werden. Wir machen durch direkte gewaltfreie Aktionen, durch passive und aktive Verweigerung der Zusammenarbeit einschließlich der bewußten Mißachtung staatlicher Gesetze die herrschende menschenfeindliche Ordnung und ihre Werte zum Thema von Auseinandersetzungen. Durch massenhafte Zivilen Ungehorsam soll der staatliche Herrschafts- und Gewaltapparat zurückgedrängt und zerstört werden. Wir wollen einen Veränderungsprozeß, der aus dem Austragen gesellschaftlicher Konflikte erwächst und in dem eine neue, von großen Teilen der Bevölkerung getragene antiautoritäre, lebensbejahende Kultur entsteht. (Prinzipienerklärung der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen/Graswurzelrevolution)

Methoden - Wie wir's angehen

Leitfaden für unseren Widerstand

Die Hauptkriterien gewaltfrei und basisdemokratisch, die sich schon aus den Grundsätzen ergeben, sollen hier noch durch einige weitere Aktionskriterien in Thesenform ergänzt werden.

1. Jede Person zählt und ist wichtig !

Damit dieser Vorsatz verwirklicht werden kann, werden gemeinsame Aktionen von allen Beteiligten in überschaubaren Gruppen vorbereitet (Bezugsgruppensystem). Die Beschlüsse sollten erst dann getroffen werden, wenn ein Konsens erreicht ist, den alle mittragen. Aktionsschritte, die eher zufällig oder aufgrund von Parolen und reinen Mehrheitsabstimmungen oder durch die Vorgabe einer zentralen Führung zustande gekommen sind, scheitern wesentlich eher, weil sich nicht alle mit dem Beschluß

identifizieren können, sich manche übergangen fühlen oder im vornherein Bedenken haben, die aber nicht gehört werden.

Jede Gruppe ist so stark, wie ihr schwächstes Glied, besonders dann, wenns brenzlich wird oder langer Atem gefragt ist.

2. "Nicht friedlich und nicht still" - Es gibt keine geschlechtsneutrale Revolution

Es ist wichtig, daß Frauen ihre eigenen Maßstäbe an Aktionen anlegen, d.h. prüfen, ob sie ihrer größeren Unabhängigkeit und Selbstbestimmung dienen oder ob sie diese eher beschneiden. In Frageform gefaßt:

- Stärkt uns Frauen die Aktion?
 - Schafft sie ein positives, starkes Frauenbild, das sich von der Opferrolle abhebt?
- Die Wahl sollte auf Aktionsformen fallen, in denen wir uns eher distanzieren von den Verhaltensweisen, die die Männergesellschaft für Frauen vorsieht.

3. Regionale Betroffenheit und Verankerung

Es kommt darauf an, gegen die Vereinzelung in unserer heutigen Gesellschaft neue Formen von Gemeinschaft zu entwickeln. Der Anti-AKW-Widerstand der 70er und Anfang der 80er Jahre hat gezeigt, wie wichtig der dauerhafte Kampf der direkt betroffenen Bevölkerung für den Widerstand und seine soziale Verbreiterung war. Die radikalen AktivistInnen von außerhalb könnten viel von dem lokalen Widerstand lernen. Dies ist kein Plädoyer für neuen Lokalpatriotismus, sondern für einen Regionalismus, der tolerant über den eigenen Tellerand schauen kann.

4. Direkte Aktion und Selbstverantwortung

"Das Persönliche ist politisch!" ist nicht nur eine Erkenntnis der Frauenbewegung. Erst wenn wir auch die Verantwortung für unseren Alltag übernehmen und z.B. unsere Umgangsformen und Konsumgewohnheiten hinterfragen und ändern, können wir dem herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem die Grundlage entziehen. (Wo kommt der Strom her, den ich nutze, welche Supermarktkette und Konzerne unterstütze ich mit meinem Einkäufen? Wann handle ich gegen meine Gefühle und Bedürfnisse? Wie überwinde ich verinnerlichte Autoritätsverhältnisse? usw.)

Es geht darum, schon heute mit dem Aufbau der freien Gesellschaft zu beginnen.

Training für gewaltfreie Aktion

In der Vorbereitung von politischen Aktionen ist ein gewisses "Handwerkszeug" nötig. "Trainings für gewaltfreie Aktion" vermitteln bestimmte Methoden zur Analyse einer politischen Situation, zur Zielsetzung und Entwicklung von Strategien sowie zur Einübung konkreter Aktionsformen.

Je nach den Bedürfnissen der TeilnehmerInnen werden Inhalt und Ablauf eines Trainings variiert. Ein Training kann also:

- eine Einführung geben in die Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit;
- die Arbeit einer politischen Gruppen stärken;
- eine Gruppe oder einzelne auf eine bevorstehende konkrete Aktion vorbereiten.

Am bekanntesten sind Aktionstrainings, wie z.B. für die Aktionen gegen das Atom-mülllager bei Gorleben um 1980 oder Blockaden der Friedensbewegung in den 80er Jahren. Darüber hinaus bringen es die verschiedenen Dimensionen der Gewaltfreiheit mit sich, daß Trainingsangebote von praktischer Strategieplanung bis hin zum Lernen durch Selbsterfahrung reichen. Die Elemente eines Trainings spiegeln zum Teil die Grundsätze des gandhianischen Satyagraha wider.



Großengstingen 1982

Feminismus und Gewaltfreiheit

Feminismus und Gewaltfreiheit ist gemeinsam, daß sie Herrschaftsverhältnisse grundsätzlich kritisieren. Während im Feminismus gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse als patriarchale Unterdrückungsstrukturen analysiert werden, stehen bei gewaltfreien Ansätzen meist militärische, staatliche und ökonomische Gewaltstrukturen im Vordergrund der Kritik. Feministische Kritik an der Theorie der Gewaltfreiheit richtet sich gegen die Aussparung von Gewaltstrukturen zwischen den Geschlechtern und fordert ein umfassenderes Politikverständnis, das direkte und strukturelle Männergewalt einschließt.

Feministische Kriterien

Gewaltfreie Politik soll daraufhin überprüft werden, ob sie dazu führt:

- Patriarchale Normen und Wertvorstellungen abzubauen. Diesen Normen unterliegen Männer und Frauen, wenn auch auf unterschiedliche Weise. Sie bestimmen jede Art gesellschaftlichen Zusammenlebens.
- Gewaltstrukturen zwischen Männern und Frauen, Eltern und Kindern, Jungen und Alten, zwischen Angehörigen verschiedener Rassen und Kulturen etc. abzubauen. Das heißt im Besonderen, den alltägliche Krieg gegen Frauen (Glotzen, Anmache, Diskussionsverhalten, Pornoindustrie und -konsum, Vergewaltigung) als Gewaltstruktur zu erkennen und öffentlich dagegen anzugehen.
- die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung aufzuheben. Frauen werden benachteiligt, indem sie möglichst auf den unbezahlten Reproduktionsbereich festgelegt werden. Wenn Frauen bezahlte Arbeit leisten, dann Männern hierarchisch untergeordnet, vor allem im Bezug auf Entscheidungskompetenz und Verantwortlichkeit.
- Die Ausbeutung insbesondere der weiblichen Arbeitskräfte und der Ressourcen der sogenannten zweiten und dritten Welt zu verringern.

Um diese Kriterien in die praktische Politik einfließen zu lassen, müssen Frauen eine Auseinandersetzung über die Verinnerlichung patriarchaler Wertvorstellungen, die Mittäterschaft an patriarchalen Gewaltverhältnissen und Herrschaftsstrukturen untereinander führen. Notwendig ist dafür die Schaffung von Frauenräumen, in denen eigene Wertmaßstäbe und Umgangsformen überhaupt erst entwickelt werden können.

Von Männern ist der Abbau eigener, patriarchaler Frauenbilder, Quotierung sowie die Übernahme der Verantwortlichkeit für die Entwicklung eigener Formen und Kriterien antisexistischer Politik gefordert.

Antimilitarismus

Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Todesstrafe und "Wehrpflicht" sind der krassester Ausdruck für den Anspruch des Staates, über Leben und Tod zu entscheiden.

Das Militär durchdringt mit seinen Ansprüchen, Normen, Strukturen und Drohungen die gesamte Gesellschaft. Befehl und Gehorsam statt Zusammenarbeit, Solidarität und Selbstbestimmung sind in vielen Bereichen ein Zeichen dieser Militarisierung der Gesellschaft. Die Erziehungsrolle der Armee wird von den herrschenden Eliten geschätzt, weil sie den Arbeitenden und allen BürgerInnen die militärischen Tugenden der Unterordnung und Führung, des Verzichts auf die Wahrnehmung der eigenen Interessen zugunsten von "Pflicht" und "Disziplin" einpflanzt, und sie für Staat und Kapital verfügbar macht.

Menschenrechte und politische Freiheit finden in allen Ländern ihre Grenzen an militärischen Erfordernissen und überall ist die Armee die letzte Eingreiftruppe in die Innenpolitik. Wir kämpfen gegen die Vorbereitung des Notstandseinsatzes der Armee im Inneren und gegen die militärische Unterdrückung von ganzen Völkern im Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung. Die Rechtfertigung des Militärs, die Gesellschaft vor äußeren Feinden zu schützen, halten wir für vorgeschoben. Eine Armee wird in der Regel nicht aus der Bedrohung heraus geschaffen, sondern um selbst drohen zu können!

Wir treten ein für die Abschaffung aller Militärblöcke. Die militärische Abschreckungs- und Drohpolitik, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in der Nord-Süd-Konfrontation fortgesetzt wird, und die damit verbundene sich ständig beschleunigende Aufrüstung ist außerdem eine Hauptursache für die tödliche Verschwendung von Rohstoffen, Energie und Arbeitskraft, Natur und menschlicher Phantasie. Sie ist an hervorragender Stelle mitverantwortlich für die soziale, wirtschaftliche und politische Misere in der Zweidrittel-Welt.

In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat das Militär die Funktion, Rohstoffversorgung und Handelswege zu sichern, sowie Absatzmärkte zu erobern und zu verteidigen. Diese wirtschaftlichen Mechanismen führen zwangsläufig zu Krieg und in letzter Konsequenz zu totaler Vernichtung. Die Umwandlung der Rüstungsproduktion in die Herstellung ziviler, lebensbejahender Gebrauchsgüter und die Umverteilung der Militärausgaben im Sozialbereich sind erste Ansätze für ein solidarisches gesellschaftliches Leben.

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten sehen ihre Existenz an die Fortführung der gegenwärtigen Militarisierung, der Rüstungs- und Drohpolitik geknüpft. Rüstungskontrollverhandlungen können nur soweit "Erfolg" haben, als die wirtschaftlichen

und machtpolitischen Interessen der Eliten es zulassen. Die Ausrottung des Krieges, eine Abrüstung, die mehr ist als eine bloße zahlenmäßige Verminderung der Waffen eines nach wie vor mächtigen Militärs, die gewaltfreie Lösung von Konflikten, werden Verhandlungen der Regierungen nicht bringen. Diese Ziele müssen gegen den Widerstand von Staat und Militär, kapitalistischen und bürokratischen Eliten durchgesetzt werden.

Wir treten ein für einseitige Abrüstung, ohne Vorbedingungen, in jedem Land. Wo immer es durchsetzbar ist, müssen Anfänge gemacht werden, und das Ziel ist die völlige Abschaffung des Militärs in der ganzen Welt. Dazu ist es auch notwendig, gewaltlose Formen der nichtmilitärischen Verteidigung von Lebensformen, gesellschaftlichen Rechten und Errungenschaften einzuüben und zu verwirklichen.

Über die Propagierung unserer antimilitaristischen-anarchistischen Vorstellungen und das Aufzeigen von Alternativen hinaus ist dazu direkter gewaltfreier Widerstand im persönlichen Rahmen wie auf breiterer Basis notwendig. Dies schafft die Voraussetzungen für den Aufbau einer gewaltfreien Gesellschaft, der Hand in Hand geht mit der Zerstörung der Militärapparate.

Wir unterstützen und beteiligen uns an allen Formen der Kriegsdienstverweigerung, auch der Verweigerung von scheinbar zivilen Diensten sowie an anderen Formen der Nichtzusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. Um konkrete militärische Projekte, den Ablauf des militärischen Systems oder Vorbereitungen zur Führung eines Krieges zu stören, zu be- oder verhindern, organisieren wir Zivilen Ungehorsam und aktives Eingreifen auf breitester Basis.

(Auszüge aus der Grundsatzserklärung zur antimilitaristischen Arbeit der Graswurzelrevolution)

Praktische Graswurzelpolitik - Was wir machen

Historischer Rückblick

Die Anfänge

Als erste Aktivitäten der Graswurzelbewegung in Deutschland fanden vor allem internationale Solidaritätsaktionen statt: Zum Beispiel 1972 das Verteilen von Flugblättern sowie eine Ankettingsaktion zur Unterstützung spanischer Kriegsdienstverweigerer in Barcelona und vor der spanischen Botschaft in Bonn. Oder auch Aktionen gegen französische Atomwaffentests im Pazifik, sowie gegen den US-Vietnam-Krieg.

Bei den Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke in Brokdorf, Wyhl, Grohnde, wurden bei Platzbesetzungen, Blockaden, Go-ins oder dem Stromzahlungsboykott erstmals in größerem Umfang Erfahrungen mit gewaltfreier Aktion und Zivilem Ungehorsam in der BRD gemacht.

Im antimilitaristischen Bereich spielte von Anfang an die Unterstützung von Totalverweigerern eine wichtige Rolle. Durch eine Beteiligung an der "internationalen Widerstandskampagne" kam es auch in der BRD zu den ersten politischen Verweigerungen des Zivildienstes.

Die Ausrichtung auf eine Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse führte auch immer wieder zu einem Engagement in anderen Bereichen. So gab es Aktionen zur Solidarität mit Chile und El Salvador. Der gegen Südafrika gerichtete Boykott der Outspan-Früchte wurde ebenso unterstützt wie der Nestle-Boykott. Einige Gruppen waren im Bereich der Uni-Politik aktiv und machten Ende der 70er Jahre Anti-Repressionsarbeit.

In dieser Zeit wurde auch mehr und mehr die Notwendigkeit einer verbindlicheren Organisationsform erkannt, und zwar einer Form, die den politischen Grundsätzen entspricht. Nach einer intensiven Debatte wurde 1980 eine Organisationsform festgelegt, die sich den Namen "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen - Graswurzelrevolution" (FöGA) gegeben hat. Die FöGA besteht aus Gruppen und Einzelmitgliedern. Die Mitgliedschaft gründet sich auf die Zustimmung zu der Prinzipienklärung der Föderation. Einmal im Jahr findet ein Bundestreffen statt; daneben gibt es einen Koordinierungsrat (Korat), der aus den GruppenvertreterInnen und mehreren gewählten "Einzelkoräten" besteht. Er ist ein Diskussionsforum und zugleich das Gre-

mium, das zwischen den Bundestreffen Entscheidungen trifft. Diese Struktur wurde aber nicht von allen GraswurzlerInnen angenommen, so daß die Graswurzelbewegung mehr Menschen umfaßt als die FöGA allein. Juli 1982 wurde die FöGA Mitglied der War Resisters' International (Internationale der KriegsgegnerInnen) - internationale Vernetzung spielte bei den GraswurzlerInnen immer eine wichtige Rolle.

1981 bereiteten GraswurzlerInnen die erste Blockade an einem Atomwaffenlager (Ramstein) vor. 1982 wurden mehrtägige Aktionen gegen die IDEE (Internationale Elektronik-Waffenschau) in Hannover organisiert. Signalwirkung für die weitere Entwicklung der Friedensbewegung hatte die weitgehend von GraswurzlerInnen getragene Blockade des Atomwaffenlagers in Großengstingen 1982. Sie gab den Anstoß für die Aktionen und Blockaden an militärischen Standorten am 12.12.82 in über fünfzig Orten in der BRD. Sie wurden wie die direkten gewaltfreien Aktionen zu Ostern und im Herbst 1983 (Aktionswoche mit Blockade der Hardthöhe u.a.) wesentlich von Graswurzelgruppen mit unterstützt.



Raketenstellung Dallau, Februar 1984

sammen mit anderen Organisationen - der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, der Koordinierungsstelle Ziviler Ungehorsam Bremen, der Kontaktstelle für Gewaltfreie Aktion Stuttgart - wurden Beratungstreffen organisiert, Pressearbeit gemacht, Materialien erstellt und verschiedene Aktionen organisatorisch begleitet.

Dabei lag den Aktivitäten im wesentlichen eine dreiphasige Strategie zugrunde: Beobachten - Stören - Verhindern. 1985 lag der Schwerpunkt auf dem Beobachten. Es wurden in verschiedenen Orten Flugblätter an die Bevölkerung verteilt und Anfragen an Kreisbehörden gestellt. In der Auswertung wurde beschlossen, eine Broschüre zu erstellen, die die bisherigen Informationen über das Manöver zusammenstellte und auswertete.

1987 kam es dann wie geplant zu Aktionen des direkten gewaltfreien Widerstandes gegen die Wintex/Cimex-Übung. In den meisten Städten, die an der Übung beteiligt waren, unternahm Mitglieder der Friedensbewegung vielfältige Aktionen, um das vermeintlich Vertrauliche zu veröffentlichen und zu behindern. In der ganzen Bundesrepublik wurden mehr als 35.000 Flugblätter verteilt, über 5.000 Plakate geklebt und etliche Informationsveranstaltungen durchgeführt. Flugblätter besonderer Art tauchten u.a. in Hamburg, Bremen, Dortmund, Köln, Heidelberg und Villingen-Schwenningen auf. Versehen mit städtischen Briefköpfen wurden Anschreiben verteilt, die vorgaben, amtliche Mitteilungen zu sein und die Bevölkerung z.B. aufforderten, Lebensmittelkarten abzuholen, die Stadt nicht mehr zu verlassen, sich einen Bunkerplatz zuweisen zu lassen oder das Auto der Bundeswehr zu überlassen. Viele BürgerInnen nahmen die Schreiben ernst und wandten sich an die Stadtverwaltungen, welche wiederum mit öffentlichen Dementis reagieren mußten. Auf diese Weise wurden sie zumindest gezwungen, zuzugeben, daß auch in ihrer Stadt Übungen stattgefunden hatten.



Blockade Giftgasdepot Fischbach, 27. Juni 1988

Politische Arbeit ist auch abhängig von den Konjunkturen der politischen Bewegungen. Ob mensch das schön findet oder nicht, es scheint zur Zeit so zu sein. Jedes politische Projekt hat sich darauf einzustellen, so auch die Graswurzelwerkstatt. Die kontinuierliche Arbeit der Graswurzelbewegung und der Graswurzelwerkstatt macht es aber möglich, die bedeutungsvollen Signale aufzufangen und auf dem Hintergrund eines eindeutig gewaltfrei anarchistischen Standpunkts organisierend tätig zu werden.

DIE BUNDESWEHR

eine terroristische Vereinigung?!



1 Wer eine Vereinigung gründet deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind

1 Mord, Totschlag oder Völkermord

2 Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 239 a oder 239 b, Erpresserischer Menschenraub oder Geiselnahme

3 Straftaten nach § 305 a, Zerstörung von Bauwerken oder gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 308, Brandstiftung, § 310 b Abs. 1, Herbeiführen einer Explosion durch Kernenergie, des § 311 Abs. 1, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, der §§ 312, Herbeiführen einer lebensgefährlichen Überschwemmung, § 315

Abs. 1 Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr, des § 316 b Abs. 1, Störung öffentlicher Betriebe, des § 316 c Abs. 1, Angriff auf den Luftverkehr, oder des § 319, Gemeingefährliche Verunglückung

zu begehen, oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft

3 Wer eine solche Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft

vergleiche § 129 a, Bildung terroristischer Vereinigungen

Erkennungsdienstliche Hinweise nimmt selbstverständlich keine Polizeidienststelle entgegen.

Plakat DIN A2
zweifarbige: schwarz und rot auf weiß
mit Platz für Veranstaltungshinweise

Preis (jew. zuzügl. Versand):
1 - 9 Exemplare: 1,00 DM
10-49 Exemplare: 0,75 DM
50-99 Exemplare: 0,50 DM
ab 100 Exempl.: 0,30 DM

Bestellungen an: Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60

Anhang

Eine kurze Chronologie der Graswurzelwerkstatt

Hier werden einige wichtige Daten in der Geschichte der Graswurzelwerkstatt und -bewegung aufgelistet. Neben organisatorischen Daten werden auch Daten angegeben, die eine Bedeutung für die Entwicklung der Graswurzelbewegung haben.

- | | |
|-------------|---|
| Juni 1972 | Erste Ausgabe der Graswurzelrevolution (GWR) |
| Sommer 1973 | Erste Ausgabe von "Info vom Komitee zur Koordinierung von Gewaltfreien Revolutionären Gruppen in der BRD" - später "Informationsdienst für gewaltfreie Organisatoren" |
| Ostern 1974 | Die ersten Vorschläge für ein Büro zur Koordination der Einzelnen und Gruppen der neuen Graswurzelbewegung sowie der Zusammenarbeit mit der GWR werden diskutiert. |
| Mai 1974 | Die Graswurzelwerkstatt (GWW) wird in Kassel aufgemacht. Helga und Wolfgang Weber-Zucht arbeiten bis 1982 dort. Wichtige Aufgabe war der Austausch von Information zwischen den GraswurzlerInnen. Dies wird über den "Informationsdienst für gewaltfreie Organisatoren" gemacht (ab Nr. 10 wird er in der GWW zusammengestellt). Er dient zum Austausch von Informationen aber auch zur Entwicklung gemeinsamer politischen Positionen sowie zur Vorbereitung für größere Treffen, an denen GraswurzlerInnen beteiligt waren. |
| Sommer 1974 | Sommerlager bei Freiburg. Thema: gewaltfreie Aktion gegen Atomkraftwerke. Die bisherige "Werkstatt-Arbeitsgruppe" sowie der "Delegiertenrat" werden durch den "Werkstatt-Beirat" ersetzt. |
| 70er Jahre | Die "Graswurzelbewegung" wird aufgebaut: Die Entwicklung der politischen Standpunkte sowie u.a. der Trainingsarbeit hat später wichtigen Einfluß auf die Friedensbewegung der 80er. |
| Mai 1980 | Besetzung der geplanten Atomülllager bei Gorleben |

-
- 1980 Die Gründung der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen - Graswurzelrevolution schafft eine basisdemokratische Organisationsform für Gruppen und Personen der Graswurzelbewegung bundesweit. Die GWW wird zum Büro der FöGA, und der Werkstatt-Beirat wird durch den FöGA-Koordinierungsrat ersetzt.
- Februar bis Herbst 1982 "Informationsdienst für gewaltfreie Organisatoren" Nr. 54-56 werden von der GA Düsseldorf herausgegeben. Die Graswurzelwerkstatt gibt mittlerweile den FöGA-Rundbrief heraus.
- Juli 1982 Die FöGA wird Mitglied der War Resisters' International (Internationale der KriegsgegnerInnen)
- 1982 Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen wird weitgehend von GraswurzelInnen getragen. Weitere Aktionen und Blockaden werden stark von ihnen beeinflusst.
- Jahreswende 1982/83 Die Graswurzelwerkstatt zieht nach Göttingen um. Hier arbeiten bis zum nächsten Umzug mehrere Leute manchmal für nur kurze Zeit. Die ersten Aktionen zu Wintex-Cimex werden vorbereitet.
- Herbst 1984 Manöverbehinderungen im Fulda Gap auch mit Beteiligung am Internationalen gewaltfreien Marsch für Entmilitarisierung.
- Januar 1987 Umzug der Graswurzelwerkstatt nach Köln
- Dezember 1987 Die Tagung Gewaltfreie Politik in der BRD wird von der FöGA organisiert: 200 Leute aus linken und gewaltfreien Gruppen diskutieren über vielfältige Aspekte der Gewaltfreiheit.
- 1990/1991 Die Graswurzelwerkstatt ist die Kontaktstelle für das Aktionsbündnis gegen den Golfkrieg.

Adressen

Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
Graswurzelwerkstatt
Scharnhorststr. 6
5000 Köln 60
Tel: 0221 765842

Redaktion Graswurzelrevolution
Kirchstr. 14
3135 Wustrow
Tel: 05843 1403

Versandbuchhandlung und Verlag
Weber, Zucht & Co
Steinbruchweg 14
3500 Kassel-Bettenhausen
Tel: 0561 519194

Umbruch Bildungswerk für gewaltfreie Veränderung
Venloer Str. 725
5000 Köln 30
Tel: 0221 582506

Archiv Ökologie und Frieden
Sternschanze 1
2000 Hamburg 36
Tel: 040-430 2046



Redaktion: Günther Bruns, Wiebke Dau-Schmidt,
Frank-Thomas Gaulin, Jürgen-Wolfgang Goette,
Horst Krause, Sabine Kruse

Herausgeber: Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V., Lübeck und
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente

Textverarbeitung: Hannelore Thomas

Druck: Roggensack GmbH, Lübeck

Titel: "Erich Mühsam", Radierung von Horst Janssen

ISSN: 0940-8975

ERICH- MÜHSAM-GESELLSCHAFT e. V. LÜBECK

Kunsthau, Königstr. 20, 2400 Lübeck 1

Längst überfällig war sie. Seit dem 111. Geburtstag existiert sie und soll mit **Ihrer** Unterstützung lebendige Arbeit leisten.

Aufgabe der Erich-Mühsam-Gesellschaft ist es, das Andenken des Schriftstellers zu erhalten, in seinem Geist die fortschrittliche, friedensfördernde und für soziale Gerechtigkeit eintretende Literatur zu pflegen und seine Absage an jede Unterdrückung, Gewalt und Diskriminierung von Minderheiten für die Gegenwart zu nutzen.

Unsere Pläne:

- Aufbau eines Archivs in Lübeck
- Schaffung eines Erich-Mühsam-Museums in Lübeck
- Lesungen und Inszenierungen
- Vorträge
- Gesprächskreise
- Förderung der wissenschaftlichen Forschung
- Publikationen
- Filmförderung

Ein früherer Lübecker Bürgermeister hat - bezogen auf Thomas und Heinrich Mann sowie Erich Mühsam - gesagt: "Daß die auch gerade alle aus Lübeck sein müssen - was sollen die Leute im Reich von uns denken!" Nun - die Brüder Mann mußten emigrieren, Mühsam wurde auf grausame Weise 1934 im KZ Oranienburg ermordet. Das "Reich" ging kaputt ...

Der Schriftsteller, Dramatiker, Bänkelsänger, Lyriker, Zeichner, Essayist, antimilitaristische Agitator und Journalist Erich Mühsam gehört zu den bedeutendsten und vielseitigsten kritischen Talenten Deutschlands im frühen 20. Jahrhundert. Es gilt, diesen wichtigen Sohn Lübecks, der für Frieden und Freiheit kämpfte, in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ein gutes Zeichen: Der heutige Bürgermeister von Lübeck gehört der Erich-Mühsam-Gesellschaft an.

Die Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V. Lübeck ist vom Finanzamt Lübeck nach § 5, Abs. 1, Nr. 9 KStG mit Steuernummer 662-HL als gemeinnützig anerkannt.



Soldaten
sind
Morder.

Ant. Tschubik